



## **Protokoll**

über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Weener (Ems) am 06.09.2018, um 17:00 Uhr,  
im Saal des Heimatmuseums Rheiderland, Neue Straße 26, 26826 Weener.

### **Anwesend:**

#### Vorsitzende/r

Garrelt Janssen

#### Bürgermeister

Ludwig Sonnenberg

#### Erster stellvertretender Bürgermeister

Helmut Geuken

#### Zweite stellvertretende Bürgermeisterin

Hildegard Hinderks

#### Mitglieder

Udo Becker

Frauke Bock

Gerrit Dreesmann

Wilfried-Dieter Dreesmann

Lutz Drewniok

Günter Geerdes

Andreas Groen

Klaas-Enno Haken

ab TOP 3

Heinrich-Friedrich Holtkamp

Hermann Jans

Rainer Junker

ab TOP 3

Lars Klinkenborg

Heidi Knoop

Rainer Leising

Ingo Meyer

Johanne Pastoor

Manfred Robbe

Friederich Sap

Jens Scheffer

Reinhard Schüür

Kim Uwe Siemons

Andreas Silze

Thomas Sowade

Hans-Ludwig Timmer

Dieter Weber

Hannelore Wloka-Schoon

Broer Wübbena-Mecima

Verwaltung

Hermann Welp	Erster Stadtrat
Andreas Sinnigen	Fachbereichsleiter
Ingo Großpietsch	Fachbereichsleiter
Xenia Nording	Fachbereichsleiterin
Angelika Janßen-Harms	Gleichstellungsbeauftragte
Kerstin Beier	Protokollführerin

**Entschuldigt fehlen:**

Dritter stellvertretender Bürgermeister

Nico Bloem

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Rates, die versammelten Bürger, die Vertreter der Presse und der Verwaltung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

**TOP 1      Genehmigung des Protokolls vom 16.08.2018**

---

einstimmig beschlossen

Ja 28    Nein 0    Enthaltung 1

**TOP 2      Einwohnerfragestunde**

---

Ortsvorsteher Bernhard Siemons kritisiert die Höhe der Mehrkosten für den Bau des neuen Feuerwehrhauses Weener. Er erkundigt sich, ob mit dem genannten Betrag „das Ende der Fahnenstange erreicht“ oder womöglich noch höhere Kosten entstehen könnten. Bürgermeister Sonnenberg teilt mit, dass die Verwaltung hoffe und alles daran setzen werde, dass die Mehrkosten im genannten Rahmen verbleiben werden.

**TOP 3      Bereitstellung von überplanmäßigen Auszahlungen im Haushaltsjahr 2018 für die Fertigstellung der Baumaßnahme Feuerwehrgerätehaus Weener  
Vorlage: BV/2018/2374**

---

Ratsmitglied Holtkamp betont, dass vorliegend die Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Sinne des Haushaltsrechts zu beraten sei, nicht die Feststellung von Fehlleistungen oder Schuld. Dementsprechend könne in der heutigen Sitzung nur der Beschluss gefasst werden, ob der Bereitstellung von Haushaltsmitteln zugestimmt werde oder nicht. Er kritisiert, dass die UWG in einer aktuellen Pressemitteilung den Bürgermeister sowie den Bauamtsleiter beschimpfe und zitiert den entsprechenden Wortlaut der Mitteilung. Er betont, dass alle Entscheidungen zum Neubau des Feuerwehrhauses Weener durch den Rat als solches und nicht den Bürgermeister getroffen worden seien. Er fordere alle Ratsmitglieder, die sich von den in der Pressemitteilung der UWG formulierten Äußerungen distanzieren, auf, die Hand zu heben.

Ratsmitglied Schüür kritisiert die Aufforderung des Ratsmitgliedes Holtkamp als „Showveranstaltung“. Ratsmitglied Knoop teilt mit, dass ihr die genannte Pressemitteilung der UWG nicht bekannt sei. Ratsmitglied Weber erklärt, dass er zum Inhalt der Pressemitteilung stehe, sich jedoch von der Wortwahl distanzieren.

Bürgermeister Sonnenberg betont, dass der Bau des Feuerwehrhauses in den vergangenen Monaten zügig vorangetrieben wurde. Eine Aufstellung über die Aufteilung der zu erwartenden Mehrkosten sei dem Rat zugeleitet worden. Hinsichtlich der Entwässerung werde eine größere und nachhaltigere Lösung als ursprünglich geplant umgesetzt, von der auch das Umfeld profitieren werde. Die zeitlichen Verzögerungen bei den Bauarbeiten seien unter anderem durch erforderliche Überarbeitungen der Baupläne entstanden. In den Haushalten 2015 und 2017 seien insgesamt 1,9 Mio. Euro für den Bau des Feuerwehrhauses veranschlagt worden. Bis April 2018 habe noch keine detaillierte Ermittlung der Mehrkosten vorgelegen. Da zu dem Zeitpunkt von den 1,9 Mio. Euro noch 1,286 Mio. Euro zur Verfügung standen, habe die Verwaltung im Zuge der Haushaltsberatungen 2018 auf die Bildung eines weiteren Kostenansatzes verzichtet. In den vergangenen Monaten sei die Baumaßnahme jedoch sehr zügig vorangeschritten, wodurch ein stärkerer Mittelabfluss eintrat, als zuvor erwartet. Mit der nun zu beratenden Vorlage soll die Verfügbarkeit der zusätzlich benötigten Mittel gewährleistet werden. Zum jetzigen Zeitpunkt sei von den bislang zur Verfügung stehenden 1,9 Mio. Euro insgesamt eine Million Euro in Rechnung gestellt und beglichen worden. Die überplanmäßigen Mittel würden im weiteren Bauverlauf bis Ende dieses Jahres sowie im ersten Quartal 2019 benötigt. Von Beginn an sei Wert darauf gelegt worden, die Feuerwehr in die Planungen miteinzubeziehen. Hierbei habe es sich jedoch nie um die Umsetzung von „Sonderwünschen“ der Feuerwehr gehandelt. Die Verwaltung sei zudem stets bestrebt gewesen, die Politik über den Verlauf der Baumaßnahme zeitnah zu informieren. Unabhängig von der derzeit schwierigen Situation sei zu betonen, dass die Stadt mit dem neuen Feuerwehrhaus für die Zukunft sehr gut aufgestellt sein werde. Er erhoffe sich weiterführend eine sachliche Diskussion zur Thematik.

Ratsmitglied Junker gibt zu Protokoll, dass es ihm, um von einem feuerwehrtechnischen Seminar in Oldenburg rechtzeitig zur Ratssitzung erscheinen zu können, nicht möglich gewesen sei, seine Feuerwehrdienstkleidung vorab abzulegen.

Erster stellv. Bürgermeister Geuken meldet sich im Namen der SPD-Fraktion zu Wort. Die genannten Mehrkosten seien „kein Pappenstiel“. Zugrundeliegend seien Fehlkonstruktionen, die jedoch nicht Teil dieser Beratung seien. Bereits am 26.09.2017 habe die SPD-Fraktion beim Bürgermeister kritisch angefragt, welche Probleme im Zusammenhang mit dem Feuerwehrhaus-Bau aufgetreten seien. Vor diesem Hintergrund sei die Fraktion ob der nun zutage getretenen Mehrkosten verärgert und irritiert, zumal im Zuge der Haushaltsberatungen betont worden war, dass die Stadt über eine gute Liquidität verfüge. Die für die Mehrkosten bereitzustellenden Mittel würden nun an anderer Stelle fehlen. Bedauerlich sei, dass künftig auch in Hinblick auf die erforderliche Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes das „Sparen für das Feuerwehrhaus“ notwendig sein werde. Er betont weiter, dass an die SPD vonseiten der Feuerwehr zu keinem Zeitpunkt Sonderwünsche herangetragen worden seien. Die SPD-Fraktion plädiere für eine Zustimmung der Vorlage, da andernfalls weitere Kostensteigerungen zu erwarten seien. Zu hoffen sei, dass es sich bei den nun geschätzten Gesamtkosten um eine gesicherte Kalkulation handle.

Bürgermeister Sonnenberg betont, dass alles daran gesetzt werden müsse, dass diese Kalkulation bestehen bleibt.

Ratsmitglied Holtkamp teilt mit, dass vorliegend lediglich das Haushaltsrecht zur Debatte und Abstimmung stehe. Hinsichtlich der bereits allgemein getätigten Investitionen im Bereich Feuerwehren seien seiner Auffassung nach zu viele Mittel ausgegeben worden. Jedoch müssten alle Beteiligten nun auch zu den beschlossenen Ausgaben stehen. Grundsätzlich seien die Ausgaben für den Bereich Feuerwehr auch in Hinblick auf demographische Veränderungen anzupassen.

Laut Zweiter stellv. Bürgermeisterin Hinderks handelt es sich um einen „folgenreichen Tag“ für Weener. Der Rat stehe nun vor der Entscheidung, für welche Projekte künftig weniger

Geld zur Verfügung gestellt werden könne. Die in der heutigen Sitzung durchzuführende Abstimmung sei jedoch keine Entscheidung für oder gegen die Feuerwehr. Die Stadt könne sich glücklich schätzen, über eine derart engagierte Feuerwehr zu verfügen. Seinerzeit sei es für den Rat eine leichte Entscheidung gewesen, für 1,8 Mio. Euro den Bau des neuen Feuerwehrhauses auf den Weg zu bringen. Die Mehrkosten von 900.000 Euro stellten einen Betrag dar, den die Stadt nicht zur Verfügung habe. Hierdurch müsse sich die Stadt in den kommenden Jahren selbst mit den Pflichtaufgaben kritisch auseinandersetzen. Es werden sich schwierige Fragen stellen, etwa, ob Brandschutz oder Kindergärten wichtiger seien. Eventuell seien Steuererhöhungen unumgänglich. Gleichwohl habe der Rat keine andere Wahl, als der Vorlage zuzustimmen. Es stelle sich nun die Frage, wer die Verantwortung für die Entstehung der Mehrkosten trage. Seitens des Bürgermeisters habe es hierzu keine Erklärung gegeben, jedoch trage er eine Mitschuld. Die CDU-Fraktion wolle daher Aufklärung darüber, was der Bürgermeister zu welchem Zeitpunkt wusste und getan hat. Dies sei man den Bürgern und Steuerzahlern schuldig. Die CDU werde der Vorlage zustimmen, fordere aber die Überprüfung der Mehrkosten durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Leer. In diesem Zusammenhang fordert sie die anderen Parteien auf, diesen Antrag mitzutragen.

Bürgermeister Sonnenberg weist die Anschuldigungen zurück. Die Verwaltung befinde sich hinsichtlich der Baumaßnahme nach wie vor in einer juristischen Auseinandersetzung, so dass zum jetzigen Zeitpunkt keine detaillierte Stellungnahme möglich sei. Gegen Überprüfungen sperre sich die Verwaltung nicht, diese könnten gerne jederzeit durchgeführt werden.

Ratsmitglied Wloka-Schoon teilt mit, dass die Gruppe UGFG den Bau des Feuerwehrhauses nicht in Frage stelle. Auch liege die Schuld nicht bei der Feuerwehr, sondern der Verwaltung. Die Haushaltsplanung sei „das Papier und die Zeit nicht wert“ gewesen. Viele geplante Maßnahmen seien nicht umgesetzt worden, während im Zusammenhang mit dem Feuerwehrhaus hohe Mehrkosten entstanden seien. Hierin zeige sich „die Unfähigkeit des Bauamtes“. Es stelle sich auch die Frage, aus welchen Gründen die Kosten nicht vorhersehbar gewesen waren. Hier liege eine schlechte, nicht vorausschauende Haushaltsplanung zugrunde. Dies werde zu Lasten der Infrastruktur, der Schulen und Kindergärten gehen. Jedes Mitglied der UGFG werde nach eigenem Ermessen über die Vorlage abstimmen.

Bürgermeister Sonnenberg weist die Vorwürfe und Anschuldigungen zurück. Es sei nicht Sache des Bauamtes gewesen, die Baumaßnahme zu kalkulieren, sondern des hiermit seinerzeit beauftragten Architekten.

Ratsmitglied Holtkamp teilt mit, dass sich der Rat nicht beschweren könne, dass er über die Angelegenheit nicht unterrichtet gewesen wäre. In den entsprechenden Gremien seien alle Beschlüsse gefasst, im Verwaltungsausschuss stets über den Sachstand informiert worden. Auch die Auseinandersetzung zwischen Verwaltung und seinerzeit beauftragtem Architekten sei hinlänglich bekannt. Dem zugrunde würden falsche Vorgaben liegen, die seitens des Architekten den ausführenden Firmen an die Hand gegeben wurden. Zudem sei eine Überprüfung durch die Kommunalaufsicht überflüssig, da der Landkreis Leer bereits alle Rechnungen geprüft habe, wie gesetzlich vorgegeben. Die Angriffe gegen den Bürgermeister würden somit jeder Grundlage entbehren. Zudem sei lediglich umgesetzt worden, was die Politik gefordert hatte, nämlich, einen hiesigen Architekten mit dem Bau des Feuerwehrhauses zu beauftragen. Er selbst werde der Vorlage nicht zustimmen, da er sich auch in der Vergangenheit gegen den Bau des Feuerwehrhauses ausgesprochen hatte.

Zweite stellv. Bürgermeisterin Hinderks betont nochmals, dass die CDU-Fraktion eine lückenlose Aufklärung und Gesamtprüfung fordere. Sie wolle wissen, ob die Mehrkosten berechtigt seien.

Laut Ratsmitglied Junker werde der städtische Haushalt durch die Mehrkosten mit rund 50.000 Euro jährlich für die nächsten 25 Jahre belastet. Durch die Verteilung der Kosten seien somit weder der Betrieb des Friesenbades, noch eines Jugendzentrums, noch anderer

freiwilliger Maßnahmen gefährdet. Gleichwohl liegen bezüglich des Haushaltes Strukturprobleme vor.

Der Kämmerer erläutert auf Nachfrage die aktuelle Haushaltssituation. Für die Haushaltsjahre 2012 bis 2017 seien positive Jahresabschlüsse zu verzeichnen gewesen. Durch die so entstandenen Überschüsse konnte ein planerisches Defizit für 2018 in Höhe von 3,2 Mio. Euro aufgefangen werden. Für die Folgejahre werde sich der städtische Haushalt in einem hohen Minus-Bereich bewegen. Ursächlich hierfür seien jedoch nicht die Mehrkosten in Höhe von 900.000 Euro. Der Kämmerer bestätigt auf weitere Nachfrage, dass auch der Umsetzungstau der investiv geplanten Maßnahmen zu Kostensteigerungen geführt habe.

Ratsmitglied Schüür kritisiert die Äußerungen des Ratsmitgliedes Junker. Wenn eine Kommune „pleite“ sei, so wie die Stadt Weener (Ems), sei die Belastung durch Mehrkosten auch dann groß, wenn diese sich auf viele Jahre verteile.

Nach Ansicht des Ratsmitgliedes Weber müssen sich die Ratsmitglieder „an die eigene Nase fassen“. Mehrkosten seien auch dadurch entstanden, dass den Wünschen der Feuerwehr – etwa hinsichtlich der Dachkonstruktion sowie der Einrichtung des „Festsaaes“ im Obergeschoss – nachgegeben wurde. Er selbst werde der Vorlage zustimmen, da eine Ablehnung der Bereitstellung von überplanmäßigen Auszahlungen einen Baustopp zur Folge hätte. Grundsätzlich solle man die Struktur der Feuerwehren in Weener überdenken. Ob der geringen Anzahl von Feuerwehrmitgliedern in den Feuerwehren Vellage und Diele sollte die mögliche Auflösung beider Wehren geprüft werden. Dies würde eine große Entlastung für den Haushalt darstellen.

Bürgermeister Sonnenberg betont, dass die Änderung der Dachkonstruktion keinesfalls auf einen Wunsch der Feuerwehr zurückgehe. Vielmehr sei eine Überarbeitung der Pläne erforderlich gewesen, da andernfalls keine Firma bereit war, die Dacharbeiten umzusetzen. Die Räumlichkeiten im Obergeschoss würden als Unterrichtsräume dienen. Vor diesem Hintergrund sei es unverschämt, diese als „Festsaal“ zu bezeichnen. Die Größe des Raumes sei aufgrund der Größe der Feuerwehr Weener mit allen Mitgliedern, darunter Kinder- und Jugendfeuerwehr, zwingend erforderlich. Eine Trennwand werde eingebaut, damit Veranstaltungen parallel ablaufen können. Zudem sei es für den Katastrophenfall erforderlich, einen geeigneten Raum vorzuhalten, der als Zentrale für die Einsatzleitung genutzt werden könne. Die Inneneinrichtung werde noch im Verwaltungsausschuss thematisiert. Auf weitere Nachfrage betont er, dass die Drempeelhöhe von Beginn an so geplant gewesen sei, dass der Raum bestmöglich genutzt werden könne.

Ratsmitglied Klinkenborg zufolge müssen Kostenexplosionen dieses Ausmaßes künftig verhindert werden. Es stelle sich die Frage, aus welchem Grund die Mehrkosten nicht voraussehbar gewesen seien. Künftig solle die Verwaltung erwägen, mehr Arbeit abzugeben.

Bürgermeister Sonnenberg weist darauf hin, dass die Verwaltung die Gesamtverantwortung für die Baumaßnahme an den zuständigen Architekten abgeben hatte.

Ratsmitglied Sowade schließt sich den Aussagen des Ratsmitgliedes Klinkenborg an und beklagt den mangelnden „Mehrwert“. Das ursprünglich geplante Feuerwehrhaus erhalte die Stadt nun nicht wie veranschlagt für 1,9 Mio., sondern für 2,8 Mio. Euro.

Ratsmitglied Schüür schließt sich den Aussagen der Ratsmitglieder Klinkenborg und Sowade an. Er sei von der Verwaltung enttäuscht und bitte die SPD, den Antrag der CDU-Fraktion, Aufklärung durch die Kommunalaufsicht einzufordern, zu unterstützen. Hiervon sei eine schnellere Aufklärung zu erwarten, als durch die bereits laufende gerichtliche Auseinandersetzung.

Ratsmitglied Becker teilt mit, dass er der Vorlage nicht zustimmen werde. In manchen Teilbereichen habe sich eine Kostensteigerung um 100 Prozent ergeben. Hierfür müsse an anderer Stelle eingespart werden, wodurch der Bürger „bluten“ werde.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Antrag der Zweiten stellv. Bürgermeisterin Hinderks. Dieser umfasst die Erweiterung der Beschlussvorlage um die Formulierung, dass die im Zuge des Neubaus des Feuerwehrhauses Weener entstandenen Mehrkosten durch die Kommunalaufsicht überprüft werden sollen.

mehrheitlich abgelehnt	Ja 14 Nein 16 Enthaltung 0
------------------------	----------------------------

Sodann erfolgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Es wird beschlossen, die Mehrkosten über 900.000 Euro für die Fortsetzung der Baumaßnahme des Feuerwehrgerätehauses Weener als überplanmäßige Auszahlung gemäß § 117 Absatz 2 NKomVG im Haushaltsjahr 2018 bei Produkt-Nr. 11.1.080 (Gebäudemanagement), Leistung 11.1.080.09 (Feuerwehrgerätehaus Weener), Sachkonto 096000 (Anlagen im Bau), Untersachkonto 09600.40017 (Feuerwehrgerätehaus Weener) zur Verfügung zu stellen und die Deckung über die Einplanung dieser Mittel im Haushaltsjahr 2019 zu gewährleisten.

mehrheitlich beschlossen	Ja 24 Nein 2 Enthaltung 5
--------------------------	---------------------------

#### **TOP 4      Mitteilungen der Verwaltung**

keine

#### **TOP 5      Anfragen und Anregungen**

- 5.1      Zweite stellv. Bürgermeister Hinderks lobt die Zustimmung der Mitglieder der Gruppe UFG für den Antrag der CDU-Fraktion auf Überprüfung der Mehrkosten durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Leer. Offenbar sei die SPD-Fraktion nicht an einer Aufklärung interessiert. Gemeinsam werde man sich nun an die Kommunalaufsicht wenden.
  
- 5.2      Auf Nachfrage des Ratsmitgliedes Holtkamp bestätigt Bürgermeister Sonnenberg, dass ein Investor im Gewerbegebiet Industriestraße eine Halle bauen möchte. Aufgrund der Größe könne die ursprünglich angedachte Fläche jedoch nicht angeboten werden. Gemeinsam werde derzeit an einer Lösung gearbeitet.
  
- 5.3      Ratsmitglied Holtkamp äußert sich hinsichtlich der Sperrung des Zuganges zur Menora durch die Eigentümer. Die Stadt sei finanziell nicht in der Lage, das Vorkaufsrecht auszuüben und das betreffende Gebäude zu kaufen. Auch sei zu betonen, dass die Eigentümer bzw. Käufer nicht gezwungen bzw. genötigt werden können, den Zugang freizuhalten.  
Bürgermeister Sonnenberg erläutert die Hintergründe. Er habe mehrfach Gespräche mit den Eigentümern geführt. Diese möchten nicht, dass das Grundstück weiterhin betreten wird. Das Gebäude stehe nach wie vor zum Verkauf. Zugesichert wurde, dass Menora und Gedenktafel an ihrem Standort stehen bleiben können. Verwaltungintern sei die Entstehungsgeschichte intensiv recherchiert worden. Hierbei zeigte sich, dass der freie Zugang zur Menora in der Vergangenheit nie schriftlich und rechtlich belastbar vereinbart worden war. Nun sollte zunächst der Verkauf abgewartet werden, um sodann mit dem neuen Eigentümer das Gespräch zu suchen und Vereinbarungen zu treffen. Zurzeit erfolge zudem eine Prüfung der Angelegenheit durch die

Niedersächsische Denkmalpflege.

Er werde sich weiterhin dafür einsetzen, dass ein freier Zugang zur Menora gewährleistet wird. Jedoch gelte es, hierbei die bestehenden Gesetze einzuhalten.

- 5.4 Ratsmitglied Wloka-Schoon zufolge sei auch die neben der Brücke Hammstiege liegende Brücke in einem schlechten und ungepflegten Zustand. Sie fordert die Verwaltung auf, die Brücke auszubessern.
- 5.5 Erster stellv. Bürgermeister Geuken kritisiert die Aussagen der Zweiten stellv. Bürgermeisterin Hinderks als „unverschämt“. Die Forderung nach Aufklärung sei seitens der SPD bereits im November 2017 angestoßen worden. Dies zeige, dass die SPD großes Interesse an einer Aufklärung der Angelegenheit habe. Im Zuge der juristischen Auseinandersetzung werde nun geklärt, wer die Schuld an den Mehrkosten für den Bau des Feuerwehrhauses trage. Da alle Rechnungen bereits durch den Landkreis Leer geprüft werden, sei eine Eingabe an die Kommunalaufsicht nicht erforderlich.
- 5.6 Erster stellv. Bürgermeister Geuken erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich der Friesenbrücke bzw. -fähre. Nicht eindeutig beantwortet sei zudem, ob bezüglich der Herstellung der Verbindung für Fußgänger und Radfahrer auf der Friesenbrücke die Kommunen finanziell beteiligt werden. Bürgermeister Sonnenberg teilt mit, dass hinsichtlich der Fährverbindung nach wie vor Abstimmungsgespräche zur noch einzurichtenden Zuwegung auf Weeneraner Seite zwischen Meyer Werft und Landkreis Leer laufen. Bezüglich der Brücke sei bei einem Gespräch in Hannover mit Beteiligung der Deutschen Bahn, des Bundes, des Landes, des Landkreises Leer und der Kommunen Westoverledingen und Weener richtiggestellt worden, dass die Deutsche Bahn alle Kosten übernimmt und somit keine finanzielle Beteiligung seitens der Kommunen vorgesehen ist.

---

## **TOP 6     Einwohnerfragestunde**

---

- 6.1 Bettina Kubiak weist darauf hin, dass durch die langanhaltende Dürre viele Gräben und Kolke ausgetrocknet und dadurch zahlreiche Fische verendet seien. Seitens der Sielacht werde bereits Wasser nachgepumpt, dies reiche augenscheinlich jedoch nicht aus. Bürgermeister Sonnenberg bestätigt, dass die Zuständigkeit in dieser Angelegenheit bei der Sielacht liege und seitens der Stadt nicht eingeschritten werden könne.

Ende der Sitzung: 18:37 Uhr

Garrelt Janssen  
Vorsitzender

Ludwig Sonnenberg  
Bürgermeister

Kerstin Beier  
Protokollführerin